

# Nachrichten

## Neue Verfassung in der Türkei kommt nur schleppend voran

Interview | Aksak Rusen Timur, 29. Oktober 2012

### **Staatsrechtler Mithat Sancar über die neue zivile Verfassung, Meinungsfreiheit und die Probleme der Minderheiten in der Türkei**

Die derzeit gültige Verfassung der Türkei wurde nach dem Militärputsch im Jahr 1980 eingesetzt und war und ist einer der größten Kritikpunkte der EU im Annäherungsprozess. Eine umfassende Verfassungsreform im Jahr 2010 brachte zwar demokratiepolitische Verbesserungen, unter anderem wurde der Weg dafür geebnet, mit dem juristischen und politischen Erbe des Putsches abzurechnen.

In Fragen der Menschenrechte und der freien Meinungsäußerung soll aber erst eine neue zivile Verfassung deutliche Fortschritte bringen. Am Verfassungstext wird gearbeitet, der Prozess geht aber nur schleppend voran. **Mithat Sancar**, Autor und Professor für Staatsrecht in Ankara, sprach mit derStandard.at über die zukünftige Verfassung, den Stand der Meinungsfreiheit und das Problem der sprachlichen und religiösen Minderheiten in der Türkei.

**derStandard.at:** Die Kommission für die neue Verfassung in der Türkei bildet sich aus je drei Vertretern der vier Parlamentsparteien. Wie bewerten sie den Fortschritt der vergangenen fünf Monate?

**Sancar:** Das Projekt und die Idee eine neue Verfassung zu schreiben, besteht seit mindestens 20 Jahren. Ab 2007 hatte die AKP-Regierung eine Expertenkommission beauftragt einen neuen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Aber die allgemeine Bereitschaft für eine neue Verfassung war noch nicht gegeben. Diese kam erst mit den Wahlen 2011 und der Institutionalisierung des Prozesses durch die Vier-Parteien-Kommission.

Einige wenige Artikel wurden bereits geschrieben, aber man ist damit noch ganz am Anfang. Man muss sich in diesem Sinne auch fragen, warum und wozu braucht die Türkei eine neue Verfassung. Die Türkei will und muss meiner Meinung nach auch ein neues Kapitel aufschlagen.

So ist etwa die Kurdenfrage nicht nur eine Sache der Kurden selbst, sondern es geht hierbei um die Neukonstruktion der türkischen Gesellschaft an sich. Und dafür ist ja eine neue Verfassung bitter notwendig.

**derStandard.at:** Die Türkei hatte in ihrer Geschichte noch nie eine zivile Verfassung, die Verfassungen wurden bis dato unter autoritären Vorzeichen diktiert. Wie muss man sich die neue zivile Verfassung der Türkei vorstellen. Wird eine ganz neue geschrieben oder lehnt man sich an die Putschverfassung von 1982 an?

**Sancar:** Eine Verfassung zu schreiben, ist ein politisches und verfassungsrechtliches Problem. Ich habe oft (in seiner Kolumne der türkischen Tageszeitung "Taraf", Anm.) darüber geschrieben, wie sehr die Putschverfassung unsere Gesellschaft geprägt

hat. Denn egal wie sehr wir dagegen kämpfen, wir können uns nur schwer von diesem Erbe lösen. So wird auch der Verfassungsausschuss die 82er Verfassung als Referenzpunkt nehmen.

Juristisch ist aber die Problematik noch größer. Nehmen wir das Beispiel mit den ersten drei Artikeln der türkischen Verfassung. Im dritten Artikel wird die Unteilbarkeit der türkischen Nation festgehalten. Die ersten drei Artikel dürfen nicht ergänzt oder verändert werden und die Garantie dafür? Der vierte Artikel der Verfassung, der aber sehr wohl verändert werden dürfte. Daher bewerte ich die geschriebene Verfassung nicht so stark, wie den Willen, die verfassungsrechtliche Grundlage umzusetzen. Das ist das besondere an der türkischen Situation.

**derStandard.at:** Die vier türkischen Parlamentsparteien sind ideologisch sehr unterschiedlich aufgestellt und scheinen im Zuge der Verfassungskommission auf keinen gemeinsamen Nenner kommen zu können?

**Sancar:** Ja, für jeden neuen Artikel in der Verfassung muss ja Einstimmigkeit gegeben sein. Allerdings muss man diese Kommission als eine Art "Aufwärmrunde" begreifen, die für die späteren Verhandlungen der AKP-Regierung entscheidend sein werden. Jeder weiß, dass im Hintergrund Sondierungsgespräche der Regierung mit den jeweiligen Oppositionsparteien laufen. Will man ein neues politisches System zusammen mit der kurdisch dominierten BDP erreichen oder etwa ein restauratives Präsidialsystem zusammen mit der türkisch-nationalen MHP - denn Erdogan schickt Signale in beide Richtungen.

**derStandard.at:** Dem türkischen Staatspräsidenten wurden einige Befugnisse abgenommen, nun will Erdogan ins Präsidentenamt und es gibt konkrete Pläne der AKP-Regierung ein Präsidialsystem einzuführen?

**Sancar:** Man muss dazu sagen, dass der türkische Staatspräsident (seit dem 1982er Putsch und der Putschverfassung) eine Kompetenzfülle hat, die man kaum anderswo finden wird. Allerdings sind diese Befugnisse rein "negativ". Der Präsident kann also ein Korrektiv sein, aber nicht gestalten.

Erdogan will im Zuge der neuen Verfassung ein Präsidialsystem etablieren, das ihm im Fall der Fälle eben auch "positive" Gestaltungsmöglichkeiten zugestehen würde. Allerdings sehe ich das Projekt der AKP bezüglich Präsidialsystem noch als offenes an, da wir zwar den Namen haben, aber keine Details kennen. Selbst Erdogan dürfte noch am Überlegen sein, wie sein Präsidialsystem denn beschaffen sein soll.

**derStandard.at:** Die ehemalige Richterin und aktuelle CHP-Abgeordnete Emine Ülker Tarhan schrieb in einem Gastkommentar in der "Presse", Religionsfreiheit in der Türkei würden nur die sunnitischen Muslime haben - wie steht es um die Religionsfreiheit in der neuen Verfassung?

**Sancar:** Die Religionsfreiheit war und ist ein wichtiges Problem in der Türkei. Bis vor wenigen Jahren hatten ja selbst die sunnitischen Muslime keinen Anspruch auf freie Religionsausübung. Die Aleviten und nicht-muslimischen Gruppen waren allerdings seit Gründung der Republik stark benachteiligt. So wird den Aleviten ihre religiöse Identität abgesprochen, dennoch ist es bemerkenswert, dass eben jene eine einseitige Sympathie für die kemalistische Republik empfinden. Dennoch ist es für die Aleviten heute wichtig, dass im Zuge einer neuen Verfassung die türkische

Religionsbehörde reformiert oder eben abgeschafft wird. Die Aleviten als größte religiöse Minderheit der Türkei müssen endlich anerkannt werden.

Unter der AKP gab es kleine Schritte, die vor allem den christlichen Kirchen des Landes halfen, ehemals verstaatlichte kirchliche Grundstücke wieder zu erwerben oder kirchliche Bildungseinrichtungen wieder zu öffnen. Auch offizielle Besuche bei Ministerpräsident Erdogan oder Staatspräsident Gül gehören zu dieser Öffnungspolitik. Die christlichen Gemeinden wurden sogar im Zuge der Vorbereitungsphase für die neue Verfassung gebeten ihre Wünsche und Ideen vorzutragen.

Im Großen und Ganzen ist die Lage der sunnitischen Muslime besser geworden, die Lage der Aleviten ist leider gleich geblieben - generelle Religionsfreiheit fehlt hingegen völlig.

**derStandard.at:** In den vergangenen Tagen wurde der Starpianist der Türkei Fazil Say wegen Herabwürdigung religiöser Lehren strafrechtlich belangt. Was müsste in der neuen türkischen Verfassung stehen, um solche Fälle in Zukunft zu verhindern?

**Sancar:** Eine Verfassung allein kann solche Fälle nicht verhindern. Auch eine Formulierung absoluter Freiheit kann nur durch entsprechende Richter konkretisiert werden. Aber im Fall der Herabwürdigung religiöser Lehren bzw. "Hetze" gegen ethnische, religiöse oder konfessionelle Gruppierungen haben sich ja ähnliche Schutzbestimmungen in vielen Ländern durchgesetzt.

Im Fall von Say sehe ich allerdings keinen Fall von Herabwürdigung religiöser Lehren, da er zwei Tweets geteilt hatte und dies zusammen mit vielen anderen, die eben nicht belangt werden. Die gesellschaftliche Atmosphäre in der Türkei wird mehr und mehr sunnitisch-islamisch dominiert. So werden etwa die religiösen Werte der Aleviten oder christlichen Gruppen in der Türkei ständig verunglimpft, aber da regt sich kein Staatsanwalt in der Türkei. Ich würde sogar so weit gehen und sagen, dass in Bezug auf die Aleviten und Christen in der Türkei absolute Meinungsfreiheit herrscht, wenn man die Werte dieser Gruppen angreifen will.

Wir haben also wiederum einen Fall von willkürlicher Rechtsanwendung, auch wenn sogar die aktuelle Putschverfassung der Türkei nicht nur die religiösen Gefühle der sunnitischen Muslime schützt, sondern religiöse Lehren per se.

**derStandard.at:** In der Öffentlichkeit wird oft nur von Rechten für die Kurden, die Aleviten oder eben die Kopftuch-tragenden Frauen gesprochen. Wieso wird so wenig über universale Grundwerte in der Türkei gesprochen?

**Sancar:** Ich sehe das anders. Wenn man für die Rechte genannter Gruppen eintritt, tritt man automatisch für die entsprechenden Grundwerte ein. In der Türkei reden wir damit über die Grundwerte nur indirekt. So sprechen wir vielleicht über die Kurdenfrage und wollen diese Frage lösen. Aber im Grunde werden wir, wenn wir die Kurdenfrage lösen, eben eine gesellschaftliche Neuformierung erreichen und damit die Grundwertedebatte weitertragen können.

Auch die Debatte um das Präsidialsystem ist so eine indirekte Grundsatzdebatte. Will man ein autoritär anmutendes Präsidialsystem oder eben ein ausbalanciertes parlamentarisches System.

**derStandard.at:** Aber wenn die jeweiligen Gruppierungen innerhalb der türkischen Gesellschaft nur ihre Partikularinteressen verfolgen, wie sollen sich dann in der Gesellschaft universelle Werte etablieren können?

**Sancar:** Wenn die politischen Vertreter der Kurden vom Recht auf muttersprachlichen Unterricht sprechen, dann tun sie dies eben für alle sprachlichen Minderheiten. Ansonsten würden sie ja nur vom Recht auf Kurdisch sprechen. Natürlich setzen sich die jeweiligen Gruppen für ihre Rechte ein, aber sie machen dabei einen Lernprozess durch. So wurde das Recht der Frauen auf das Tragen des Kopftuchs von islamistischen Gruppierungen der 90er Jahre noch mit der Scharia begründet, heute allerdings berufen sich islamische Gruppen, sogar islamistische auf universelle Werte und wollen auf diese Weise das Kopftuchproblem lösen.

**derStandard.at:** Ein weiterer Streitpunkt im Zuge der neuen Verfassung ist ja die Diskussion, um die Bezeichnung der Staatsbürger. "Türke" so wie bisher, ist bei der kurdisch dominierten BDP nicht mehr vorgesehen, stattdessen soll "Türkiyeli" (türkeistämmig, Anm.) in der Verfassung stehen, was wiederum türkisch-nationale Kreise in Aufruhr versetzt.

**Sancar:** Es ist eine wichtige Diskussion, weil das Wort Türke im politischen Sprachgebrauch vorbelastet ist. Und die nicht-türkischen Volksgruppen, die in der Vergangenheit einem starken Assimilationsdruck ausgesetzt waren, sehen sich damit als benachteiligt an. Denn wenn die These zutrifft, so wie von Kemalisten und türkischen Nationalisten behauptet wird, der Begriff Türke sei kein ethnisch definierter, warum gibt es dann einzelne Gesetze in der Türkei, die dezidiert von türkischer Abstammung (im Hinblick auf die türkische Diaspora in Europa oder türkische Minderheiten am Balkan, Anm.) sprechen? "Bürger sprich Türkisch", war ein beliebter Slogan in der Türkei. Wie soll nun ein arabischsprachiger oder kurdischsprachiger Bürger der Türkei zum "Türke"-Sein neutral stehen können? (Rusen Timur Aksak, derStandard.at, 29.10.2012)

**Mithat Sancar** wurde 1963 in Nusaybin im Südosten der Türkei geboren. Er ist Professor für Staatsrecht an der Universität Ankara und hat unter anderem das Buch "Vergangenheitsbewältigung. Von der Vergessenskultur zur Erinnerungskultur" verfasst. Zudem schreibt er eine tägliche Kolumne in der türkischen Zeitung "Taraf".

Quelle: <http://derstandard.at/1350259119611/Neue-Verfassung-in-der-Tuerkei-kommt-nur-schleppend-voran>

---

### **Blasphemieprozess gegen Pianisten**

Kulturkampf in der Türkei

Das Verfahren gegen Say ist symptomatisch. Es zeigt den wachsenden Druck konservativer islamischer Kreise und der Regierung auf Künstler und Medien.

**VON JÜRGEN GOTTSCHLICH**

ISTANBUL taz | Das Verfahren gegen den Starpianisten Fazil Say ist kein Einzelereignis: Es reiht sich ein in den Versuch religiöser, konservativer Kreise innerhalb und außerhalb der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), in der Türkei eine „geistig-moralische“ Wende durchzusetzen.

Kritik oder auch nur satirische Anmerkungen zum Islam sollen grundsätzlich unterbunden werden. Theater, Musik und bildende Kunst sollen sich dem Geschmack der Massen, also dem Geschmack der regierenden islamischen Partei unterwerfen.

Damit verschärft sich das Klima. Zuvor gab es für Karikaturisten vor allem dann Ärger, wenn sie sich mit der Person von Ministerpräsident Tayyip Erdogan beschäftigten, der völlig humorfrei ist und regelmäßig mit Beleidigungsklagen reagierte. Als Mittel gegen Religionskritiker wird nun immer häufiger der Paragraf 216 Absatz 3 des türkischen Strafgesetzbuches „Öffentliche Erniedrigung religiöser Werte“ angewandt. Das bekam – wie jetzt Fazil Say für seine Twittermitteilungen – bereits im letzten Jahr einer der bekanntesten türkischen Karikaturisten, Bahadır Baruter, zu spüren.

#### Dänischer Karikaturenstreit auf Türkisch

Im Februar letzten Jahres erschien in der größten Karikaturenzeitschrift Penguen eine Zeichnung von Bahadır Baruter. Sie stellt einen Gläubigen in einer Moschee dar, der per Handy mit Gott darüber verhandelt, ob er die Moschee vor Ende des Gebets verlassen könne, weil er „noch etwas zu tun habe“. Ganz klein, im Hintergrund der Zeichnung steht an der Wand der Moschee: „Es gibt keinen Gott – Religion ist eine Lüge“. Baruter wurde im November letzten Jahres vor Gericht gezerrt. Der Staatsanwalt verwies ausdrücklich auf die Mohammed- Karikaturen in Dänemark, um zu zeigen, wie gefährlich es sei, die religiösen Gefühle der Masse zu verletzen. Er forderte ein Jahr Gefängnis für Baruter, der Prozess läuft noch.

Der Karikaturist steht seitdem unter besonderer Beobachtung der islamischen Presse. Anlässlich einer Ausstellung seiner Werke im Sommer dieses Jahres wurde ausführlich über „neue Provokationen des islamfeindlichen Zeichners“ geschrieben. Derlei Hetze kann weit gefährlicher werden als die Verfolgung durch den Staatsanwalt.

Ende letzten Jahres entdeckte die islamische Presse dann ein neues Feld – die „unbotmäßigen“ Aufführungen der Istanbuler staatlichen Bühnen. 2010 hatte das schlimmste islamistische Hetzblatt Vakit schon einmal eine Theateraufführung verhindert, in der der heuchlerische Umgang mit Prostituierten kritisiert wurde. Das Blatt machte so viel Lärm, dass die Stadtverwaltung das Theater dicht machte, weil „die Feuerschutzmaßnahmen“ unzureichend seien.

#### Der Geschmack gläubiger Menschen

Jetzt erklärten islamische konservative Blätter auf breiter Front, die Stücke, die an den elf staatlichen Bühnen in Istanbul aufgeführt werden, seien insgesamt inhaltlich fragwürdig, teilweise pornografisch und verletzen durchweg den Geschmack gläubiger Menschen. Die oberste Ebene der Stadtverwaltung versuchte daraufhin mit der Rückendeckung der Regierung die Freiheit der Theater zu beschneiden, indem

sie per Dekret in die Leitung aller staatlichen Theater einen Bürokraten einsetzte, der die Spielpläne zukünftig überwachen sollte. Daraufhin lief die gesamte Theater- und Kunstszene der Stadt Sturm. Es gab große Demonstrationen für die Freiheit der Kunst, in einem Kunstmarathon im öffentlichen Raum wurde über 152 Stunden ununterbrochen Theater auf der Straße aufgeführt.

Der Protest wiederum kam bei Ministerpräsident Erdogan schlecht an. Er drohte, alle staatlichen Bühnen zu schließen und die Schauspieler, Intendanten und sonstigen Angestellten zu entlassen. Sollen sie doch ihre Stücke in privaten Theatern aufführen, dann können sie ja sehen, ob sie ihre Arbeit finanzieren können, ätzte er.

Nur noch befristete Anstellungen

Aller Protest nutzte nichts. Zwar erwies sich die Ad-hoc-Privatisierung der staatlichen Bühnen als rechtlich schwer durchsetzbar. Aber sie kommt schrittweise. Bislang hatten Künstler an den staatlichen Theatern, Orchestern und Tanzbühnen Festanstellungen. Das gibt es jetzt nicht mehr. Verträge werden nur noch befristet und projektbezogen ausgestellt. Ein Repertoire-Rat muss nun alle Inszenierungen der staatlichen Bühnen abnicken. Für Ragıp Yavuz, den Vorsitzenden des Bundes der Istanbuler Theaterkünstler, ist die Freiheit der Kunst dahin: „Die Theateraufführungen werden jetzt vom Staat diktiert“, sagt er.

Bülent Arinc, stellvertretender Ministerpräsident und einer der Frontmänner des religiösen Flügels der Regierungspartei, findet es dagegen ganz normal, dass der Staat in den staatlichen Bühnen auch Stücke nach seinem Geschmack aufführen lässt. Das sei schließlich das Recht jedes Arbeitgebers weltweit.

Wie sehr Premier Erdogan und seine Partei den Staat mittlerweile mit sich selbst gleichsetzen, musste bereits der bekannte Bildhauer Mehmet Aksoy erleben. Eine von ihm nahe der armenischen Grenze errichtete „Friedensstatue“ fand der Premier so grässlich, dass er das Denkmal umgehend abbauen und in kleine Stücke zersägen ließ.

Quelle: <http://www.taz.de/Blasphemieprozess-gegen-Pianisten/!103867/>

---

### Journalistische Selbstzensur in der Türkei

Worte mit Bedacht gewählt

Die türkische Regierung setzt Journalisten unter Druck. Wenn sie zu kritisch berichten, drohen Entlassungen oder Haftstrafen. Die Folge ist Selbstzensur.

**VON TORSTEN LANDSBERG**

Eine Exklusivstory hatte die türkische Tageszeitung *Sabah* auf ihrer Homepage angekündigt. Ohne deren Inhalt preiszugeben, warb sie mit einem Banner für die Printausgabe des nächsten Tages. Wenige Stunden später war der Hinweis verschwunden – eine Exklusivstory suchten die Leser tags darauf vergebens. Der große Artikel sollte im August erscheinen und enthüllen, dass der Ende Juni von Syrien abgeschossene türkische Kampfjet sehr wohl in syrischen Luftraum

eingedrungen war – anders als von der türkischen Regierung dargestellt. Darüber, was sich in den Stunden zwischen der Ankündigung und dem Erscheinen der Zeitung abgespielt hat, sagt ein Redakteur: „Es ist sehr offensichtlich, dass es hier Einfluss von offizieller Stelle gab.“ Er spricht gar von einem „üblichen Vorgang“, wenn nicht im Sinne der Regierung berichtet wird.

Journalisten verschiedener Medien sprechen von thematischen Tabus, für die ungeschriebene Regeln gelten. Meist würden kritische Themen schon innerhalb der Redaktion scheitern, kein Chefredakteur will sich Ärger einhandeln. „Also beginnst du, dich selbst zu zensieren“, sagt der *Sabah*-Redakteur, insbesondere in der Berichterstattung über die türkische Außenpolitik oder die Kurdenfrage: „Das ist vermintes Gebiet.“

Wer trotzdem versucht, ein heißes Eisen anzufassen, muss mit persönlichen Konsequenzen rechnen. Der Redakteur, der die Syriengeschichte recherchiert hatte, arbeitet heute nicht mehr für *Sabah*, sondern für das boulevardeske Schwesterblatt *Takvim*. Die Gründe sind unklar. Viele Journalisten fürchten um ihre Jobs, auch weil es in den vergangenen Monaten und Jahren abschreckende Beispiele gab.

### Opfer des Systems

„Es gibt Regeln und Verbote“, sagt Banu Güven, die ihre Worte mit Bedacht wählt. Wenn die 43-Jährige über Pressefreiheit spricht, ist sie sichtlich betroffen. Sie ist ein Opfer des Systems. Im vergangenen Jahr hatte die renommierte Moderatorin vor den Parlamentswahlen für ihren Nachrichtensender NTV eine Kandidatin der prokurdischen BDP interviewen wollen. Der Sender untersagte das Gespräch und beendete kurz darauf die langjährige Zusammenarbeit. Ein Schock für die Journalistin.

Wenn dem Ministerpräsidenten eine Sendung nicht gefallen hat, erzählt Güven, habe schon mal dessen Büro angerufen und vorgeschlagen, eine Stunde Programm mit einem Minister zu machen – quasi als Wiedergutmachung. „Die Sendungen werden oft direkt von Politikern und der Regierung bestimmt“, sagt sie. „Die Beziehung von Regierung und Medien bestimmt, was gemacht werden darf – und was nicht.“

Die Wege sind mitunter kurz: Der Vorstandsvorsitzende der Calik Holding, des Imperiums, das die Tageszeitung *Sabah* hält, ist ein Schwiegersohn des Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Meist ist für eine regierungsfreundliche Berichterstattung aber gar keine familiäre Bindung nötig. „Es ist ein durch und durch korruptes System, das ein Aufblühen der Demokratie behindert“, sagt Ömer Madra, Gründer des Istanbuler Radiosenders Acik Radyo.

Madra sitzt an seinem Schreibtisch in den Redaktionsräumen nahe dem Taksimplatz. Der 67-Jährige genießt als Umweltaktivist viel Anerkennung, ein weiteres zentrales Thema in den Sendungen seines Privatsenders sind Menschenrechte und deren Verletzung. Auch Berichte der türkischen Medien werden hinterfragt, ihre Aufbereitung von Themen wird mit der Darstellung in internationalen Zeitungen verglichen.

„Es wird schlimmer“

„Die Medien in der Türkei waren den Regierenden immer wohlgesinnt, egal wie autoritär sie waren, ob militärisch oder nicht“, sagt Madra, dessen Sender im Jahr

2000 zu einem 15-tägigen Sendeverbot verurteilt wurde, nachdem aus Charles Bukowskis Kurzgeschichte „Die schönste Frau in der ganzen Stadt“ vorgelesen worden war. „Aber es wird schlimmer“, sagt er.

Ministerpräsident Erdogan ist dafür bekannt, auf alles allergisch zu reagieren, was ihm nicht in den Kram passt. Regelmäßig ist die Presse Ziel seiner Attacken. Egal wie stromlinienförmig ihm die Redaktionen folgen, er fühlt sich nicht ausreichend gewürdigt. Den Vorständen der Medienhäuser riet Erdogan schon mal, sie sollten ihre Redaktionen strenger regieren. Journalisten müssen in dieser Atmosphäre nicht nur die Arbeitslosigkeit fürchten.

Mehr als 90 sitzen nach Angaben von Reporter ohne Grenzen (ROG) derzeit in Haft, Hunderte stehen auf schwarzen Listen, meist wird willkürlich die Unterstützung terroristischer Organisationen unterstellt. Auf der ROG-Rangliste der Pressefreiheit lag die Türkei 2011 auf Platz 148 von 179.

Banu Güven sieht die repressiven Bedingungen in Zusammenhang mit den wiederholten Wahlerfolgen der Regierungspartei AKP: „Je stärker Erdogan wurde, desto autoritärer wurde er auch. Er denkt, dass er das Recht hat, alles zu bestimmen: ob Paare heiraten, wie viele Kinder wir bekommen sollen, die Kurdenfrage, was ein Journalist kritisieren darf.“

#### Autoritärer Regent

Dabei hat es Erdogan mit einer Medienlandschaft zu tun, die einem autoritären Regenten eigentlich gefallen müsste: Nahezu jedes Zeitungshaus ist im Besitz von Unternehmern, Konflikte zwischen einer freien Berichterstattung und den Interessen eines anderen Unternehmenszweigs sind vorprogrammiert. Wie bei der *Sabah*, der im Verkauf viertstärksten Zeitung des Landes: Die Calik Holding unterhält ein weites Netz aus Unternehmen, darunter mit Gap auch eine Baufirma.

Gap verantwortet die Aufwertung des Istanbuler Viertels Tarlabasi nahe dem Taksimplatz: Hier sollen Luxuswohnungen entstehen, Gated Communities, dafür werden denkmalgeschützte Häuser abgerissen, Anwohner vertrieben, teils enteignet. Kritische Töne über diese Maßnahmen sind in der *Sabah* nicht zu finden, im Gegenteil wurde das Projekt in mehreren Artikeln als vorbildlich gelobt.

Die *Sabah* ist nur ein Beispiel von vielen: Die in Deutschland wohl bekannteste türkische Zeitung, *Hürriyet*, und das Boulevardblatt *Posta* sowie Fernsehsender wie NTV gehören einem Tochterunternehmen des Mischkonzerns Dogan Holding, der auch im Bau- und Immobiliengewerbe, in der Autoindustrie und der Energiewirtschaft seine Finger im Spiel hat und mit der Garanti eine der größten Banken des Landes unterhält.

„Warum sollte die Zeitung eines Konzerns über die Risiken der globalen Erwärmung schreiben, wenn derselbe Konzern doch von der Entwicklung eines Kraftwerks profitiert?“, fragt Ömer Madra. Neben die Selbstzensur der Redakteure tritt aus Eigeninteresse eine unternehmerische.

#### Direkte Abhängigkeiten vom Staat

Zu den internen Verflechtungen kommen direkte Abhängigkeiten vom Staat: Viele Geschäfte der verschiedenen Unternehmenszweige hängen vom Wohlwollen der Regierung ab – etwa in Form von Staatsaufträgen oder Genehmigungen. Es hat in



der Türkei Tradition, dass Medienhäuser vor allem zum Zweck der politischen Einflussnahme erworben werden. Geld lässt sich mit ihnen nicht verdienen. „Wir können nicht wirklich von einer demokratischen Gesellschaft sprechen, wenn die Pressefreiheit durch einen enormen indirekten Druck auf jeden eingeschränkt wird, der die Regierung nicht unterstützt“, urteilt Radiomacher Ömer Madra. Als er seinen Wunsch nach einer unabhängigen Berichterstattung ausspricht, die nicht von den Profitabsichten einer Unternehmenssparte abhängt, muss er grinsen, als habe er sich beim Träumen ertappt: „Ich weiß auch, dass das utopisch ist.“

Nach ihrem Ausscheiden bei NTV schrieb Banu Güven einen offenen Brief an Ministerpräsident Erdogan, in dem sie ihn beschuldigte, ein Klima der Angst zu schüren, das Journalisten in die Selbstzensur treibe. Die Journalistin muss schmunzeln: „Er hat mir nicht zurückgeschrieben.“

Quelle: <http://www.taz.de/Journalistische-Selbstzensur-in-der-Tuerkei/!103898/>

---

Leutheusser-Schnarrenberger

### **Mit dem Grundgesetz auf Mission in der Türkei**

Verbindlich im Ton, resolut in der Sache: die deutsche Justizministerin auf Rechtsstaatsmission in der Türkei. Mancher Türke zeigte sich über Sabine Leutheusser-Schnarrenbergers Art aber etwas pikiert. Von Thorsten Jungholt

Oberamtsrat Norbert Odenbach hatte schwer zu schleppen. Als Leiter des Protokolls bei der Türkeireise der deutschen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger war er auch für die Gastgeschenke der Ministerin verantwortlich. Neben den üblichen Füllfederhalter-Präsenten für die Gesprächspartner in Ankara hatte der Beamte auf Wunsch seiner Chefin noch ein Bücherpaket dabei: 50 Ausgaben des Grundgesetzes in türkischer Sprache. Die brachte die FDP-Politikerin unters Volk, wann immer es die Regeln der Diplomatie erlaubten. Im Schatten des Staatsbesuches von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in Berlin hatte sich Leutheusser-Schnarrenberger ins anatolische Hochland aber nicht nur aufgemacht, um die deutsche Verfassung zu verbreiten. Vor allem wollte sie sich abseits der offiziellen Verlautbarungen ein Bild von der Rechtsstaatslage in der Türkei machen.

Einblick in die Realität

Neben den Treffen mit ihrem Amtskollegen Sadullah Ergin sowie den Präsidenten von Parlament, Verfassungsgericht und Religionsbehörde nahm sie sich viel Zeit für den Austausch mit Akteuren, die einen ungefilterten Einblick in die Realität vermitteln können: Vertreter religiöser Minderheiten wie Aleviten und Christen sowie Journalisten und Anwälte.

Die Erkenntnis der Ministerin: Es seien manche Reformen zur Stärkung des Rechtsstaats auf den Weg gebracht, diese "positiven Veränderungen muss man anerkennen". Es gebe aber weiter "einige Herausforderungen", die Sorge bereiteten.

Drei Justizreformen hat Ankara in den vergangenen Jahren verabschiedet – und steht dennoch weiterhin in der Kritik von Europäischer Union (EU), Europäischem Menschenengerichtshof (EGMR) und zahlreichen Nichtregierungsorganisationen. So verzeichnet der jüngste Fortschrittsbericht der EU eine steigende Zahl von Eingriffen in die Pressefreiheit. Der EGMR stellte 2012 fest, dass die Türkei die Menschenrechtskonvention in 159 Fällen verletzt hat, öfter als Russland (121) und die Ukraine (105). Amnesty International schließlich rügt erhebliche Verfahrensmängel in Strafprozessen, insbesondere die lange Dauer der Untersuchungshaft sowie die Missachtung des Rechts auf freie Meinung durch die Anti-Terror-Gesetzgebung.

Türkischer Amtskollege pikiert

Leutheusser-Schnarrenberger sprach diese Defizite gegenüber Justizminister Ergin offen an. Während ihre Kollegen im Bundeskabinett sich an die im Ton verbindliche, in der Sache aber resolute Art der Ministerin gewöhnt haben, zeigte sich Ergin bei einigen Vorstößen der Deutschen etwas pikiert. Kühl wurde das Gesprächsklima, als Leutheusser Kritik an der hohen Zahl von über 100 inhaftierten Journalisten übte, als sie die Einschränkung der Meinungsfreiheit beklagte und konkret den Fall eines seit 33 Monaten ohne Prozess in Haft sitzenden Anwalts ansprach.

Der Mann soll noch im November einen von europäischen Anwaltsvereinigungen verliehenen Preis erhalten – und sie werde die Laudatio halten, kündigte Leutheusser dem verdutzten Kollegen an.

Ergin revanchierte sich mit einer Beschwerde über das nach seiner Auffassung zögerliche Vorgehen der deutschen Behörden gegen Mitglieder und Sympathisanten der kurdischen Terrororganisation PKK in Deutschland und verlangte die Auslieferung von PKK-Häftlingen in die Türkei. Da erwies sich das mitgebrachte Grundgesetz als hilfreich. "Wir sind in dieser Frage zu einer Zusammenarbeit bereit", sagte die Ministerin, "aber nur auf der Grundlage unseres Rechtsstaates." Zur Auslieferung bereit

Und der verbiete nun einmal Abschiebungen in ein Land, in dem eine lebenslange Freiheitsstrafe wirklich ein Leben lang dauert. Ergin konterte: Sein Land sei im Fall des in der Türkei abgetauchten Hauptverdächtigen der tödlichen Prügelattacke auf dem Berliner Alexanderplatz grundsätzlich zur Auslieferung bereit – aber nur, wenn "die rechtlichen Voraussetzungen" erfüllt seien.

Die Justizministerin hatte aber nicht nur juristische Belehrungen mitgebracht, sondern auch deeskalierende Nachrichten. So bemühte sie sich, die in der Türkei bestehenden Sorgen zu beruhigen, die angesichts der deutschen Debatten über die Strafbarkeit von Beschneidungen und die rechtsextremistische Terrorzelle NSU aufgekomen waren.

Ihre Botschaften lauteten: Sie habe ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den Schutz muslimischer Traditionen garantiere. Und die Behördenfehler bei den NSU-Morden würden intensiv aufgearbeitet. Der Präsident der türkischen Religionsbehörde, Mehmet Görmez, würdigte dieses Engagement der Ministerin. Und das sei "kein diplomatisches Lob. Es kommt aus tiefstem Herzen."

Die Anerkennung des Religionswächters war aber nicht grenzenlos. Als Leutheusser das gute Gesprächsklima zu nutzen suchte, um Görmez die Einrichtung einer Priesterschule für orthodoxe Christen abzutrotzen, bekam sie bloße Diplomatie zu

hören: "Dafür bin ich nicht zuständig." Immerhin tat sie mit ihrer Bitte etwas für ihr Ansehen in der heimischen Koalition: Die Verbesserung der Lage der Christen in der Türkei ist Herzensanliegen der Union. Im Grundgesetz steht Religionsfreiheit ja auch.

Quelle: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article110485806/Mit-dem-Grundgesetz-auf-Mission-in-der-Tuerkei.html?wtmc=plista>

---

### **Spinnst Du eigentlich, Erdogan?**

Offener Brief an einen Amokläufer. Von Jürgen Elsässer

Sehr geehrte Exzellenz, werter Gröfatz (größter Feldherr aller Türken und Zeiten)! Bist Du eigentlich komplett verrückt geworden? Willst Du gerne mit Netanjahu, dem Irren von Tel Aviv, in einen Wettstreit treten, wer den 3. Weltkrieg anzetteln darf? Möchtest Du, nachdem Du die türkische Wirtschaft in den letzten zehn Jahren ganz gut aufgebaut und damit auch bei meiner Winzigkeit an Ansehen gewonnen hast, nun alles mit Deinem militaristischen Arsch wieder umreißen?

Was ist los mit Dir? Bis vor zwei Jahren hast Du Israel wegen seiner Kriegs- und Besatzungspolitik, Stichwort Gaza, ordentlich kritisiert, Respekt! Aber seit Frühjahr 2011, seit Libyen, hast Du die Seiten gewechselt, hast die Aggression gegen das "Gaddafi-Regime" – huhu, soll ich vielleicht "Erdogan-Regime" schreiben? – unterstützt und stehst jetzt an vorderster Front gegen Syrien. Was treibt Dich? Ein neo-osmanischer Traum? Oder zahlt Dich einer? Herr Gülen?

Merke Dir, Erdogan: Der letzte Weltkrieg, an dem sich die Osmanen beteiligt haben, endete mit dem Untergang Eures Reiches, Atatürk konnte gerade noch die heutige Türkei retten. Beim Zweiten Weltkrieg habt ihrs richtig gemacht und Euch rausgehalten. Warum willst Du mit dem Dritten Dein Volk in den Untergang reiten? Oder denkst Du, Uncle Sam und Bibi Netanjahu hauen Euch raus?

Warum ich mich aktuell aufrege: Seit 3. Oktober schießt Ihr auf Syrien. Schon vorher habt Ihr die Terroristen, die dort Angst und Schrecken verbreitet, aufgerüstet. Eure Grenzstädte sind Militärcamps der Terroristen geworden. Und heute Nacht dann der Hammer: Du zwingst eine syrische Passagiermaschine zur Landung, weil sie, aus Moskau kommend, Militärgüter an Boder gehabt haben soll. Geht's noch heuchlerischer? Ihr liefert Tonnen an High Tech an die Terroristen und wühlt nun in den Koffern von Zivilreisenden (!) in einer Zivilmaschine (!) nach Eletrorasierern, die man auch als Handgranaten werfen könnte? Zivilmaschinen runterholen – das ist der Wilde Westen. Das gab's, glaub ich, noch nie.

Sollen wir mal in Deutschland anfangen und türkische Passagiermaschinen zur Landung zwingen? Sollen unsere Grenzbeamten dann mal nachschauen, was Deine Landsleute so nach Deutschland schmuggeln? Sollen wir dann auch behaupten, dass diese Schmuggeleien die Sicherheit unseres Staates bedrohen und DICH, den Gröfatz, für all das verantwortlich machen? Sollen wir eine Sondersitzung des Weltsicherheitsrates beantragen und – nur zur Verteidigung – ein paar Mal über die türkische Grenze schießen? Keine Sorge, wir haben gleich um die Ecke bei Euch ein

paar Kriegsschiffe. Nein? Das hältst Du für eine völkerrechtswidrige Aggression? Hast Du Recht. Aber genau so handelst Du gegenüber Syrien.

Soweit ich mitbekommen habe, will Dein Volk keinen Krieg. Höre auf Deine Türken, kehre zurück zur Vernunft und zum Frieden. Die türkische Nation ist eine große Nation mit einer großen Geschichte. Sie verdient einen großen Staatsmann an ihrer Spitze – und keinen Gröfaz, der vom Wahnsinn – oder von fremdem Geld – verblendet ist.

Mit freundlichen Grüßen,

Jürgen Elsässer

Quelle: <http://juergenelsaesser.wordpress.com/2012/10/11/spinnst-du-eigentlich-erdogan>

---

### **„Drohungen richten sich gegen Assad wie die Kurden“**

**Kürzlich zwang die türkische Regierung ein syrisches Passagierflugzeug in Ankara zur Landung, das Parlament genehmigte im Prinzip eine Intervention in Syrien. Premier Erdogan will einen schnellen Sturz des Regimes, sagt der Türkei-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Günter Seufert.**

*Herr, Seufert, die Türkei verfolgt jetzt eine sehr aggressive Politik gegenüber Syrien. Zuvor hatte sie jedoch das Regime lange gestützt. Warum der jähe Wechsel?*

Vor dem Konflikt stand die enge Kooperation mit Syrien, dem Libanon sowie Jordanien im Zentrum der türkischen Außenpolitik. Die Türkei wollte zur gestaltenden Kraft im Nahen Osten und dem Mittelmeerraum werden. Die wirtschaftliche und politische Anbindung Syriens durch Freihandelsabkommen, Visafreiheit, Regierungskonsultationen sowie gemeinsame Militärübungen und türkische Investitionen galt als erster Schritt zur Etablierung der Türkei als Regionalmacht. Dafür wurde in der Türkei die Erinnerung an die Zeiten des Osmanischen Reiches beschworen. An dieser Vision hat die Türkei auch noch nach Beginn des Aufstandes in Syrien im März 2011 festgehalten, um Assad Zeit für Reformen zu geben – damals gegen amerikanischen Druck. Erst als Assad das Militär nicht wie versprochen aus den Städten abzog, gab die Türkei die Kooperation auf und setzte auf seinen schnellen Sturz.

*Trotzdem ist erstaunlich, wie extrem dieser Schwenk war.*

Ja, und zwar nicht nur rhetorisch und militärisch. Die Türkei konzentrierte sich auch stark auf die Unterstützung der syrischen Muslimbruderschaft und negierte die anderen Teile der Opposition und der Gesellschaft – also die Drusen, die Christen, die gemäßigten Alawiten, die Kurden und die säkularen Kräfte. Damit fand sie sich fast zwangsläufig in eine Koalition mit Saudi-Arabien und Katar wieder. Ein Grund liegt in der innenpolitischen Entwicklung der Türkei: Mit dem Wahlsieg der AKP vor zehn Jahren setzte ein politisch-gesellschaftlicher Umbruch ein. Bislang politisch

ausgegrenzte Akteure mit einer deutlich sunnitisch-muslimischen Identität kamen an die Macht.

*Könnte man nicht kurz sagen, die Türkei hat sich islamisiert?*

Dieser Begriff ist irreführend. Eigentlich hat das Muslimische in der Politik der AKP keinen stärkeren Anteil als das allgemein Konservativ-Moralische und Türkisch-Nationale. Wenn es sich um eine Islamisierung handeln würde, könnte man den gleichfalls muslimischen Kurden ja problemlos kulturelle und politische Rechte zugestehen und sie so politisch integrieren. Für die heutige muslimisch-türkische Elite ist aber nicht allein die Religion entscheidend, sondern das etablierte nationale Selbstverständnis der Türkei. Die Regierung übernimmt die Bruchlinien ihrer Vorgänger und führt die alten innenpolitischen Konflikte einfach weiter.

*Von vielen Aktivisten des Arabischen Umbruchs wird das türkische System als Modell für die Verbindung von Islam und Demokratie gefeiert.*

Die positive Sicht auf die Türkei besteht nicht ganz zu Unrecht. Die Integration der Muslime in die Politik ist ein Stück Demokratisierung, nur geht diese Demokratisierung eben nicht weit genug. Doch trotz aller Begeisterung für die islamische Welt gibt es in der heutigen Türkei nicht genügend Erfahrung, wie komplex die Politik in den arabischen Gesellschaften ist. Noch immer herrscht die Vorstellung, Politik würde von den Eliten gemacht – weshalb man in Ankara annahm, man könne die Entwicklung in Syrien direkt beeinflussen.

*Könnte der Konflikt noch zum Krieg eskalieren?*

Die USA signalisieren der Türkei mittlerweile eindeutig, dass sie keine Intervention in Syrien wollen. Washington versucht auch, die Waffenlieferungen aus Saudi-Arabien und Katar zu begrenzen mit dem Verweis, dass diese Waffen in falsche Hände geraten könnten. Die Türkei würde aber nur intervenieren, wenn sie von den USA unterstützt würde. Die Ermächtigung des Parlaments, Truppen zu entsenden, richtet sich zudem als Drohung mindestens so sehr an Assad wie die syrischen Kurden. Ankara will zeigen, dass es ihre Autonomiebestrebungen und ihre Kooperation mit der PKK nicht hinnimmt. Doch der außenpolitische Kurs der Regierung stößt intern auf massive Kritik.

*Wer übt diese Kritik?*

Sie kommt von der Opposition, aber auch von Unternehmern, die die Regierungspartei bisher unterstützten. Die Türkei ist das einzige Land der Region, dessen Wohlstand auf einer produzierenden Industrie ruht. Sie ist abhängig vom Export und braucht eine prosperierende Region mit stabilen Verhältnissen. Genau darauf zielte die außenpolitische Vision „Null-Probleme mit den Nachbarn“. Die Syrien-Politik hat nun dazu geführt, dass die Beziehungen der Türkei auch zum Irak und zum Iran angespannt sind. Syrien fällt als Handelspartner und als Transitland aus. Und das ist nicht gut für den türkischen Export.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/politik/tuerkei--drohungen-richten-sich-gegen-assad-wie-die-kurden-,1472596,20703238.html>